



GUTE PFLEGE IST EIN MENSCHENRECHT

Ausgabe 01 - 2013
Berlin, März 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

um die Zukunft der Pflege älterer Menschen ist es in Deutschland nicht gut bestellt. Deshalb haben sich verschiedene Akteure, die die aktuelle Situation nicht mehr länger hinnehmen wollen, zu dem Bündnis für gute Pflege zusammengeschlossen. 21 bundesweit aktive Sozial- und Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Berufsverbände sowie verschiedene Selbsthilfeorganisationen bilden den breiten Zusammenschluss. Die im Bündnis engagierten Verbände und Organisationen vertreten damit über 13,6 Mio. Mitglieder, rund 16.500 Pflegeeinrichtungen und -dienste, in denen täglich 550.000 Menschen betreut werden und 400.000 Beschäftigte tätig sind. Gemeinsam fordern die Bündnispartner „Perspektiven für eine bessere Pflege“ in Deutschland.

Wir freuen uns, Ihnen heute den neuen Newsletter des Bündnisses präsentieren zu können. Künftig wollen wir Sie einmal im Monat über aktuelle Aktionen und Aktivitäten unserer Bündnispartner sowie aktuelle Entwicklungen in der Pflegepolitik informieren. Wenn Sie Fragen zum Bündnis für gute Pflege oder Anregungen zu unserem Newsletter haben, dann schreiben Sie uns eine E-Mail an info@buendnis-fuer-gute-pflege.de.

Ihr Team vom Bündnis für gute Pflege

Bündnis für gute Pflege - Infodienst

[1. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege](#)

[1.1 Forderungen des Bündnisses für gute Pflege](#)

[1.2 Bündnis für gute Pflege: Ein-Satz für gute Pflege: Die Mitmach-Aktion](#)

[2. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses](#)

[2.1 Gutachten ver.di: Pflegevollversicherung – das Modell für die Zukunft](#)

[2.2 Besuch von Diakonie und DEVAP mit Abgeordneten in einem Berliner Pflegestützpunkt](#)

[2.3 Grone GmbH: Grünes Licht für die "Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege"](#)

[2.4 Pressemitteilung des DBfK: Zu viel Stress in Pflegeberufen - Politik](#)

[ignoriert Verantwortung](#)

[2.5 Pressemitteilung des DBfK: Verkürzung der Ausbildung für Pflegehelfer – ein nicht akzeptables Risiko](#)

[2.6 Pressemitteilung der Volkssolidarität: Grundlegende Reform der Pflegeausbildung notwendig](#)

[2.7 Pressemeldung epd: Niedersächsische Diakonie lehnt Pflegesätze als "Lohndumping" ab](#)

[3. Veranstaltungen](#)

[3.1 Auftaktveranstaltung der AWO Kiel für die Kampagne "Zeit in der Pflege" am 20.03.2013 in Kiel](#)

1. Aktuelles vom Bündnis für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

1.1 Forderungen des Bündnisses für gute Pflege

[nach oben](#) ↑

Wir fordern:

Maßgeschneiderte Leistungen für Pflegebedürftige

- Umfassende unabhängige Beratung und Hilfestellung
- Präventionsangebote
- Selbstbestimmte und qualitativ hochwertige Pflege in allen Bereichen
- Stärkung der häuslichen Pflege
- Mehr Leistungen für Demenzkranke

Unterstützung und Anerkennung für Angehörige

- Umfassende Beratung
- Entlastungsstrukturen für pflegende Angehörige
- Pflege und Beruf vereinbar machen
- Unterstützung der Selbsthilfe

Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen

- Wertschätzung und Anerkennung für die Beschäftigten
- Attraktivere Arbeitsbedingungen und tarifliche Bezahlung
- Investition in gut ausgebildete Fachkräfte
- Pflege braucht Nachwuchs, auch Männer sind gezielt anzusprechen

Gerechte Finanzierung

- Solidarische und paritätische Finanzierung
- Erweiterung der Einnahmehasis im Umlagesystem
- Keine einseitige Belastung der Versicherten
- Dynamisierung der Leistungen

1.2 Bündnis für gute Pflege: Ein-Satz für gute Pflege: Die Mitmach-Aktion

[nach oben](#) ↑

Unterstützen Sie das Bündnis mit Ihrem „Ein-Satz“ für gute Pflege. Wir geben Ihnen eine Stimme. Laden Sie auf www.buendnis-fuer-gute-pflege.de Ihr Foto und Ihre Meinung zum Thema gute Pflege in Deutschland hoch.

[Hier geht es zur Aktion.](#)

2. Neuigkeiten von den Mitgliedern und Unterstützern des Bündnisses

[nach oben](#) ↑

2.1 Gutachten ver.di: Pflegevollversicherung – das Modell für die Zukunft

[nach oben](#) ↑

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat eine Diskussion über die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung angestoßen. Mit einer Pflegevollversicherung sollen Leistungen passgenauer und in verbesserter Qualität für alle Pflegebedürftigen erbracht werden. In einem Gutachten, das die Gewerkschaft in Auftrag gab wird nachgewiesen, dass eine Vollversicherung nicht nur geboten, sondern auch bezahlbar ist.

Mit der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung im Jahr 1995 wurde eine große Lücke in der sozialen Versorgung geschlossen. Pflegebedürftige Menschen waren fortan nicht mehr von Sozialhilfe abhängig, sie wurden erstmals zu anspruchsberechtigten Leistungs-Empfängern. Im Falle der Pflegebedürftigkeit erhielten sie einen Versicherungsschutz, es ist eine neue Pflegeinfrastruktur entstanden.

Als Teilkostenversicherung stößt die Pflegeversicherung in ihrer heutigen Ausgestaltung allerdings an Grenzen. Inzwischen nehmen Versorgungs- und Qualitätsdefizite zu. Auch die finanziellen Belastungen sind für viele Pflegebedürftige zu hoch, weil nur ein Teil der Kosten solidarisch getragen wird, was von der Politik mit Einführung des Teilversicherungsprinzips beabsichtigt war. Die Abhängigkeit von Hilfe zur Pflege wächst wieder an, das weisen Statistiken eindeutig aus. Der Zugang zu den pflegerischen Dienstleistungen hängt somit vom individuellen Einkommen oder von privaten Finanzierungsquellen ab. Dies führt dazu, dass immer mehr pflegebedürftige Menschen mittlerweile wieder auf staatliche Hilfe angewiesenen sind. Private Haushalte mit Pflegebedürftigen, als auch Städte und Landkreise stoßen an ihre finanziellen Grenzen, weil sie immer häufiger wieder finanziell beispringen müssen.

Es fehlen auch einheitliche Standards in der Versorgung und die Beratung zu passgenauen Angeboten ist lückenhaft. Zudem mangelt es an qualifiziertem Pflegepersonal, denn der Pflegeberuf ist unattraktiv. Die Leidtragenden sind die Pflegebedürftigen und die Beschäftigten.

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat Prof. Dr. rer. pol. Markus Lungen, Prof. für Volkswirtschaft, insb. Gesundheitsökonomie an der Hochschule Osnabrück, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beauftragt, die Kosten einer Vollversicherung in der Pflegeversicherung abzuschätzen.

Das von Prof. Lungen vorgelegte Gutachten gibt einen Anstoß, die Pflegeversicherung hin zu einer Vollversicherung weiterzuentwickeln. Die erbrachten Leistungen sollen, analog zur gesetzlichen Krankenversicherung, auch in der Pflegeversicherung ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich ausgestaltet sein. Das Maß des Notwendigen soll nicht überschritten werden. Die Pflegevollversicherung kann zudem als paritätisch finanzierte Bürgerinnen- und Bürgerversicherung auf ein solides Fundament gestellt werden.

Die mit dem Gutachten einhergehende Forderung lautet: Alle Versicherten sollen die Gewissheit bekommen, dass alle im Pflegefall anfallenden Kosten im erforderlichen Maße finanziert sein werden. Nicht mehr der Geldbeutel soll über Umfang und Qualität der Pflege entscheiden, vielmehr sollen alle von den Leistungen im gleichen Maße profitieren, das ist gerecht.

Die Pflegevollversicherung bietet die entscheidenden Voraussetzungen für eine moderne Ausgestaltung der sozialen Sicherheit und der sozialen Gerechtigkeit. Durch sie kann die Versorgungsqualität verbessert und das Leistungsangebot ausgebaut werden. Und nicht zuletzt kann mit ihr auch die Teilnahme der Pflegebedürftigen am öffentlichen Leben ermöglicht werden. Die bisherige Pflegeversicherung war bereits ein starker Jobmotor. Eine Vollversicherung wird die Position von Pflegekräften stärken, neue Arbeitsplätze schaffen und das Bild von Pflegetätigkeit in der Öffentlichkeit wieder aufwerten, darum ist sie aus ver.di-Sicht das Modell der Zukunft.

Das Gutachten finden Sie [hier](#).

2.2 Besuch von Diakonie und DEVAP mit Abgeordneten in einem Berliner Pflegestützpunkt

[nach oben](#) ↑

Pflegestützpunkte – Lotsen im Meer der Sozialleistungen

Pflegestützpunkte sind „Leuchttürme“ und lotsen Bürgerinnen und Bürger durch die unterschiedlichen Sozialleistungsangebote, damit eine effektive Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen aus einer Hand auf kommunaler Ebene gewährleistet werden kann. Davon konnten sich die Vorstände der Diakonie Deutschland und des DEVAP, Maria Loheide und Renate Gamp, beim Besuch des Pflegestützpunktes der Diakonie Stadtmitte im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg überzeugen. Im Rahmen der Aktion „An die Pflege denken!“ hatten sie Mechthild Rawert und Dr. Philipp Lengsfeld zur Besichtigung und zur Diskussion vor Ort eingeladen, um mit ihnen den Bogen von der Situation vor Ort bis hin zur Bundespolitik zu spannen. Denn beide wollen im September 2013 in den Deutschen Bundestag einziehen. Mechthild Rawert für die SPD, sie sitzt bereits seit 2005 für den Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg im Deutschen Bundestag und ist langjähriges Mitglied im Ausschuss für Gesundheit. Dr. Philipp Lengsfeld kandidiert im Wahlkreis Mitte für die CDU und engagierte sich bislang politisch in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow.

Begrüßt wurden die Teilnehmenden des Gesprächs von der Leiterin des Pflegestützpunktes, Gisela Seidel, die zu Beginn zu einem Rundgang durch die Räumlichkeiten des Pflegestützpunktes einlud. Anschließend stellte sie die Arbeit des Pflegestützpunktes vor und sprach über die alltäglichen Herausforderungen.

Pflegestützpunkte bieten wohnortnahe und unabhängige Informationen zur Pflege und unterstützen Pflegebedürftige jeden Alters und Angehörige in einer schwierigen Lebenssituation. Sie beraten aber auch schon vor Eintreten einer Pflegebedürftigkeit. So wird Hilfe angeboten, um Betroffenen trotz Pflegebedürftigkeit ein Verbleiben in ihrer häuslichen Umgebung zu ermöglichen. Nicht selten kommt es vor, dass die Mitarbeitenden des Pflegestützpunktes auch Hausbesuche machen, um Tipps und Hinweise zu geben, wie Wohnungen barrierefrei gestaltet werden können.

Obwohl die Bedeutung von Beratungs- und Hilfsangeboten für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen ständig wächst, wissen viele nicht, welche umfangreiche Unterstützung sie in den 26 Berliner Pflegestützpunkten erhalten können. Um den Bekanntheitsgrad erhöhen zu können, wünscht sich die Leiterin des Pflegestützpunktes deshalb für die Zukunft eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit oder sogar Imagekampagne. Wichtig ist aus ihrer Sicht auch eine bessere Verzahnung und Kooperation mit den Krankenhäusern. So müsste bei der Entlassung aus einem Krankenhaus ein besserer Informationsaustausch erfolgen, damit die Betroffenen, die in die eigene Häuslichkeit zurückkehren, nicht in ein Versorgungsloch fallen.

Im anschließenden Gespräch haben die Politikerin und der Politiker gefragt, was die Bundespolitik besser machen müsste, um die Situation in der Pflege zu verbessern. Es wurde rege darüber diskutiert, wie gute Beratungsstrukturen organisiert sein müssten. Voraussetzung dafür ist auch eine ordnungsgemäße Umsetzung des Pflegeeneuausrichtungsgesetzes, das die Pflegekassen bspw. zur Beratung verpflichtet.

Darüber hinaus wurde deutlich – darin waren sich die Teilnehmenden des Gesprächs einig – dass das Lohnniveau der Beschäftigten erhöht werden muss. Es wurde auch deutlich, dass die geringe Inanspruchnahme der Familienpflegezeit auf den fehlenden Rechtsanspruch zurückzuführen ist und dass dringend etwas zur Entbürokratisierung getan werden muss. Dabei geht es insbesondere um die Zusammenarbeit unterschiedlicher Stellen, wie der Heimaufsicht, dem MDK, dem Gesundheitsamt etc., die dringend verbessert werden muss.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass es erheblichen Handlungsbedarf zur Verbesserung der Situation in der Pflege – der Pflegebedürftigen, der Pflegenden und der Beschäftigten in der Pflege – gibt. Diakonie und DEVAP sehen sich darin bestärkt, dass der Fokus der Politik bis zur Bundestagswahl 2013 unbedingt auf dieses Thema gelenkt werden muss und freuen sich auf weitere konstruktive Gespräche mit Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl des Deutschen Bundestages.

Verständigung zwischen Bund, Ländern und Bundesagentur für Arbeit macht den Weg frei zum ersten bundesweiten Ausbildungspakt „Altenpflege“

Hamburg. „Es sind die richtigen Weichen gestellt worden zur Sicherung des Fachkräftebedarfs in der Altenpflege.“ Grone Vorstand Achim Albrecht begrüßt die zwischen Bund, Bundesagentur für Arbeit und Ländern erzielte Einigung. Sie ermöglicht jetzt wieder auch die Finanzierung des dritten Umschulungsjahres durch die Bundesagentur. Die Neuregelung ist Teil der „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“, die vom zuständigen Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) mit Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) initiiert wurde.

„Wir stellen uns als Unternehmensverbund der Gemeinschaftsaufgabe, zum Abbau des Pflegenotstandes beizutragen“, sagt Albrecht. „Der wachsende Fachkräftemangel in der Altenpflege macht ein gemeinsames Handeln aller für diesen Bereich verantwortlichen Akteure dringend erforderlich. Die Altenpflege ist ein stark wachsender Dienstleistungssektor mit hervorragenden beruflichen Perspektiven. Gute Pflege ist ohne gut ausgebildetes und motiviertes Personal nicht möglich. Und das stellen wir bereit.“

Grone betreibt bisher insgesamt acht Altenpflegesschulen. „Über 90 Prozent unserer Umschüler bestehen die Prüfungen, und nahezu 100 Prozent finden sofort einen Arbeitsplatz“, betont Albrecht. Viele von ihnen erhalten bereits im Laufe ihres Praktikumeinsatzes in Gesundheitseinrichtungen eine Arbeitsplatzzusage und gehen damit äußerst motiviert in die Abschlussprüfungen.

Grone qualifiziert konfessionsungebunden, arbeitet dabei intensiv mit Kooperationspartnern in der Altenpflege zusammen und stellt die gesamte Bildungskette im Bereich der Altenpflegeausbildung bereit. Zugänge werden z.B. vermittelt über den „Hauptschulabschluss und Pflege“ oder die „Berufsorientierung in der Pflege“. An Schulen stellen Berufseinstiegsbegleiter das Berufsbild vor. Um Abbruchquoten während der Ausbildung zu minimieren wird in vorgeschalteten Eignungsfeststellungen geklärt, ob Bewerber für den Pflegeberuf geeignet sind. „Für Menschen mit Migrationshintergrund wurden Module zum Erlernen der Fachsprache entwickelt“, erläutert Albrecht. „Die hier gemachten Erfahrungen stellen wir bereit für die gezielte Zuwanderung von qualifizierten ausländischen Pflegefachkräften, wenn wir dem Fachkräftemangel erfolgreich begegnen wollen.“

2.4 Pressemitteilung des DBfK: Zu viel Stress in Pflegeberufen - Politik ignoriert Verantwortung

[nach oben](#) ↑

Berlin, 31. Januar 2013

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) wirft der Politik vor, sich bezüglich der Arbeitsbedingungen in der Pflege aus ihrer Verantwortung zu stellen. „Die schlechten Nachrichten häufen sich. Im gerade veröffentlichten ‚Stressreport Deutschland 2012‘ gehören die Pflegeberufe zu den am stärksten belasteten Berufsgruppen. Die Krankenkassen berichten seit Jahren, dass psychische und belastungsbedingte Erkrankungen bei Pflegenden überproportional zunehmen. Und die deutsche Rentenversicherung meldet ein deutliches Ansteigen der Frühberentungen, vor allem bei Pflegepersonal. Der Zusammenhang mit den kontinuierlich schlechten Arbeitsbedingungen in der Pflege ist überdeutlich, doch die Politik fühlt sich offenbar nicht zuständig“, sagt heute dazu Professorin Christel Bienstein, die Präsidentin des DBfK. Stattdessen verweise Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen auf die Verantwortung der Unternehmen und ihrer Führungskräfte, so Bienstein weiter. Die Politik müsse aber die Rahmenbedingungen gestalten und nehme offenbar seit Jahren die Probleme tatenlos hin:

-Seit Mitte der neunziger Jahre gibt es in Deutschlands Krankenhäusern keine gesetzlich verpflichtende Pflegepersonalbemessung mehr. Seitdem orientiert sich der Personaleinsatz nicht mehr am Pflegebedarf der Patienten, sondern an der Kassenlage der Klinik.

-Die Verantwortung für eine angemessene Versorgung pflegebedürftiger Menschen im SGB XI-Bereich wird den Leistungserbringern und ihren Mitarbeitern überlassen - ohne angepasste Vergütung. Denn die noch immer ausstehende Umsetzung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs führt zu anhaltender Unterversorgung, Pflegemängeln und Fehlanreizen.

-Gesetze, die Mitarbeiter vor dauerhafter Überlastung, Unfällen und Berufskrankheiten schützen sollen, werden regelmäßig unterlaufen. Durch fehlende Aufsicht und Kontrolle leistet die Politik dem Vorschub.

Der DBfK fordert die verantwortlichen Politiker in Bund und Ländern ausdrücklich auf, angesichts des bereits bestehenden erheblichen Pflegefachkräftemangels endlich großen Worten auch Taten folgen zu lassen. Es reiche nicht aus, mit Kampagnen das Image der Pflegeberufe zu polieren und mehr Menschen in eine Pflegeausbildung zu locken. Vielmehr müsse zuallererst dafür gesorgt werden, dass sie in diesem Beruf auch dauerhaft, mit hoher Motivation und ohne berufsbedingt krank zu werden tätig sein könnten.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de
www.dbfk.de

2.5 Pressemitteilung des DBfK: Verkürzung der Ausbildung für Pflegehelfer – ein nicht akzeptables Risiko

[nach oben](#) ↑

Berlin, 12. Februar 2013

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) bezieht in einem Brief an die politischen Entscheider im Bundestag und einer heute veröffentlichten Stellungnahme Position zu geplanten Änderungen in der Altenpflegeausbildung. Der Verband hält den neuen Verkürzungstatbestand für einen absolut verfehlten Ansatz und fordert den Gesetzgeber auf, den Standard einer dreijährigen Berufsausbildung nicht zu unterlaufen. „Der DBfK lehnt den vorgesehenen Verkürzungstatbestand in § 7 Abs. 4 Punkt 3. Altenpflegegesetz um ein Jahr für den beschriebenen Personenkreis ausdrücklich ab“, sagt dazu die stellvertretende DBfK-Präsidentin Gertrud Stöcker. „Es handelt sich um Pflegehelfer, die ohne oder mit geringer Qualifikation in der Pflege gearbeitet haben. Diese Beschäftigung ersetzt keinesfalls ein Jahr der sonst dreijährigen Altenpflegeausbildung“, so Stöcker weiter. Hier werde eine deutliche Kompetenzverdünnung mit nachfolgend erheblichen Versorgungsrisiken in Kauf genommen. Die vorgesehene Kompetenzfeststellung lasse außerdem viel Spielraum und werde zu unterschiedlichen Anforderungen in den Bundesländern führen. Zudem sei die Gefahr gegeben, bei zunehmendem Fachkräftemangel die Maßstäbe abzusenken.

Der DBfK begrüßt zwar ausdrücklich die auch im Gesetzentwurf vorgesehene geplante Finanzierung des 3. Jahres der Altenpflegeausbildung bei Umschüler/innen, bedauert aber, dass diese Regelung zum wiederholten Male nur befristet gelten soll.

Die Stellungnahme bezieht sich auf einen dem Bundestag vorliegenden Gesetzentwurf, der kommende Woche verabschiedet werden soll. Dieser entstand im Zusammenhang mit der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege und erweitert Verkürzungstatbestände der Altenpflegeausbildung für nicht oder gering qualifizierte Pflegehelfer mit Berufserfahrung.

Die vollständige Stellungnahme ist als Download [hier](#) abrufbar.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
Tel.: 030-2191570
Fax: 030-21915777
dbfk@dbfk.de

2.6 Pressemitteilung der Volkssolidarität: Grundlegende Reform der Pflegeausbildung notwendig

[nach oben](#) ↑

„Die Volkssolidarität bleibt bei ihrer Forderung nach einer grundlegenden Reform der Ausbildung in den Pflegeberufen.“ Dies erklärte die Vizepräsidentin der Volkssolidarität, Carola Ahlert, am Dienstag. Aus Anlass der Beratungen des Gesetzentwurfes „Stärkung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Altenpflege“ im Bundestag sagte sie: „Wir brauchen dringend eine generalistische Ausbildung in der Pflege, die den eigenständigen Charakter der Pflegeberufe stärkt und zur Verbesserung ihres Images beiträgt. Damit müssen wir auch dem zunehmenden Fachkräftemangel in der Pflege entgegenwirken.“

Die Volkssolidarität begrüße die gesetzliche Verankerung der Ausbildungsverkürzung und der Vollfinanzierung der beruflichen Weiterbildung über die Bundesagentur für Arbeit, betonte die Verbandspräsidentin. „Dadurch werden erste wichtige Schritte eingeleitet, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Diese Schritte in die richtige Richtung brauchen aber eine Fortsetzung.“ Zu den zentralen Forderungen der Volkssolidarität gehöre eine zuverlässige Finanzierung der Pflegeausbildung. „Eine Einigung in dieser Frage darf nicht weiter verzögert werden“, forderte Ahlert. „Wir sind für ein Umlageverfahren, damit sich alle Einrichtungen und Dienste an der Ausbildungsfinanzierung beteiligen und nicht nur diejenigen die Lasten tragen, die seit Jahren ausbilden. Ferner wollen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Doppelbelastung vieler Beschäftigter in den Pflegeberufen ist eine der Ursachen dafür, dass die durchschnittliche Verweildauer im Beruf viel zu kurz ausfällt und sich das Fachkräfteproblem verschärft.“

Die Verbandspräsidentin forderte: „Die Politik darf sich nicht mit kleinteiligen Maßnahmen zufrieden geben. Das Pflegeberufegesetz muss noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden. Denn Pflegebedürftige benötigen heute und nicht erst morgen professionelle Pflegefachkräfte, die sie in Deutschland und nicht im europäischen Ausland in hoher Qualität versorgen. Das sind wir unserem Anspruch auf gute Pflege schuldig.“

Die Volkssolidarität betreut und pflegt rund 40.000 pflegebedürftige Menschen in mehr als 150 ambulanten, 30 teilstationären und 60 stationären Einrichtungen. Angesichts akuter Engpässe des Pflegepersonals und einer alternden Belegschaft legen die Experten des Kompetenzzentrums Pflege der Volkssolidarität ihren Schwerpunkt auf eine lebens- und ereignisorientierten Personalentwicklung in der Pflege. Als eine Handlungsstrategie zur Fachkräftebindung soll sie individuelle Lebenssituationen der Mitarbeiter und betriebliche Erfordernisse besser in Einklang bringen.

Tilo Gräser

Referent für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit Volkssolidarität Bundesverband e. V.

Bundesgeschäftsstelle Alte Schönhauser Str. 16, 10119 Berlin

Tel.: 030 - 2789 7121

Fax: 030 - 2759 3959

E-Mail: tilo.graeser@volkssolidaritaet.de www.volkssolidaritaet.de

2.7 Pressemeldung epd: Niedersächsische Diakonie lehnt Pflegesätze als "Lohndumping" ab

[nach oben](#) ↑

Niedersächsische Diakonie lehnt Pflegesätze als "Lohndumping" ab
AOK weist Kritik an Pflegekassen zurück

Hannover (epd). Die Diakonie in Niedersachsen fordert von den Pflegekassen höhere Stundensätze für die häusliche Pflege. Die Kassen haben nach Diakonieangaben die landesweiten Verhandlungen überraschend abgebrochen und am Donnerstag 34,32 Euro pro Stunde für ambulante Pflegedienste der Diakonie angeboten. Dies reiche nicht aus, sagte der

hannoversche Diakoniedirektor Christoph Künkel in Hannover: "Wir können mit diesen Stundensätzen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht tarifgerecht bezahlen." Die AOK Niedersachsen wies die Kritik zurück.

Die ambulanten Dienste der Diakonie müssten die zu geringen Sätze ablehnen, betonte Künkel. "Mit diesem Angebot wird das Lohndumping vonseiten der Kassen eingeführt. Jeder, der sich einmal eine Handwerkerrechnung angeschaut hat, wird sofort feststellen, dass ein Stundensatz von 34 Euro niemals kostendeckend sein kann." Schon heute sei es schwierig, qualifizierte Fachkräfte für die Pflege zu finden. In der Diakonie in Niedersachsen sind nach eigenen Angaben in 138 ambulanten Pflegediensten etwa 4.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig, die rund 17.000 Menschen mit Pflegebedarf betreuen.

Die AOK nannte den Vergleich mit den Verdiensten anderer Berufsgruppen irreführend und unsachlich. "Den von der Diakonie erhobenen Vorwurf eines Lohndumpings weisen wir entschieden zurück", sagte Sprecher Carsten Sievers am Donnerstag auf epd-Anfrage. Die Kassen hätten die Verhandlungen auch nicht einseitig abgebrochen. Während sie ihr Angebot verbesserten, hätten die Träger der ambulanten Dienste trotz eines Schiedsspruches auf Ursprungsforderungen beharrt, sagte Sievers. Jetzt werde noch in dieser Woche allen ambulanten Pflegediensten einzeln das Vergütungsangebot übersandt.

Hintergrund der Verhandlungen sei das neue Pflegegesetz, erläuterte Diakonie-Bereichsleiter Jörg Reuter-Radatz. Es sieht vor, dass Pflegedienste mit ihren Kunden alternativ zur Pauschale für einzelne Tätigkeiten auch Vergütungen nach Zeit vereinbaren können.

Auch die anderen Verbände der freien Wohlfahrtspflege und private Träger der insgesamt rund 1.200 ambulanten Pflegedienste in Niedersachsen hielten die angebotenen Sätze für nicht ausreichend, sagte Reuter-Radatz. Am Mittwoch hatte bereits die Landesgruppe des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste (bpa) kritisiert, dass die angebotenen Vergütungen zwangsläufig zum Ruin vieler Pflegedienste führten. Die Kassen böten Kürzungen anstelle angemessener Zahlungen an.

[Link zum Artikel](#)

3. Veranstaltungen

[nach oben](#) ↑

3.1 Auftaktveranstaltung der AWO Kiel für die Kampagne "Zeit in der Pflege" am 20.03.2013 in Kiel

[nach oben](#) ↑

Unter dem Motto "Wer hat an der Uhr gedreht? - Pflege braucht Zeit" findet am Mittwoch, den 20.3.2012, von 15.00 - ca. 17.30 h im Foyer der AWO Landesgeschäftsstelle im Sibeliusweg in Kiel der Auftakt für die neue Kampagne statt.

[Mehr dazu...](#)

Weiterempfehlen

Wenn Ihnen die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege gefallen, empfehlen Sie sie doch weiter.

Wichtig

Damit die Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege in Zukunft zuverlässig in Ihrem Postfach ankommt und nicht durch einen Filter in den Spam-Ordner einsortiert oder gelöscht wird, nehmen Sie bitte die Absenderadresse dieser E-Mail (annika.lange@diakonie.de) in Ihr

Abmelden

Falls Sie keine weiteren Kurzinformationen des Bündnisses für gute Pflege erhalten wollen, können Sie den Bezug hier beenden. [Kurzinformationen abbestellen](#)

Redaktion

Bei inhaltlichen Fragen wenden Sie sich bitte an Dr. Annika Lange (annika.lange@diakonie.de).

persönliches Adressbuch auf.

Impressum

Diakonie Deutschland - Evangelischer
Bundesverband
Evangelisches Werk für Diakonie und
Entwicklung e.V.
Projekt: Bündnis für gute Pflege
Caroline-Michaelis-Str. 1
10115 Berlin

Telefon: 030 65211-0
Fax: 030 65211-3333
E-Mail: stephan.roeger@diakonie.de
Web: www.diakonie.de

Jeweils zwei Mitglieder des Vorstandes
vertreten das Evangelische Werk für Diakonie
und Entwicklung e.V. im Rechtsverkehr
gemeinsam.
Registergericht:

Amtsgericht Berlin-Charlottenburg,
Vereinsregister 31924 B
USt-IdNr.: DE 147801862

Das Werk wird durch den Vorstand vertreten.
Er besteht aus folgenden Mitgliedern:

Vorsitzender
Präsident OKR Johannes Stockmeier

stellvertretende Vorsitzende
Präsidentin Cornelia Füllkrug-Weitzel

Dr. Jörg Kruttschnitt
Maria Loheide
Tilman Henke
Dr. Claudia Warning